

Teure Straßenausbaubeiträge:

Bürgerfreundliche Lösung finden

Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind. Sie können schnell in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen. Diese Beitragsforderungen sind insbesondere für junge Familien, Geringverdiener, Alleinstehende oder Rentner kaum oder nicht mehr zu finanzieren. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion dazu einen Gesetzentwurf eingebracht und fordert die Landesregierung auf, das Kom-



Unsere Landtagsabgeordnete **Annette Watermann-Krass** sagt dazu: „Mit diesem Schritt wollen wir tausende Bürgerinnen und Bürger landesweit entlasten. Auch in Sendenhorst und Albersloh stehen viele vor existenziellen Problemen, wenn nach dem Ausbau die Gebührenbescheide kommen.“ Jetzt hat die CDU/FDP-Regierung auf die Gesetzesinitiative reagiert. Die Koalition will es den Kommunen freistellen, ob sie Beiträge erheben. Das wird dazu führen, dass reiche Städte ihre Wohnstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte werden entweder nicht bauen oder aber ihre Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bitten

müssen. Das ist im höchsten Maße ungerecht und unsozial. Der Vorschlag von CDU und FDP spaltet das Land. Unser Vorschlag: Die Beiträge der Anwohnerinnen und Anwohner müssen im vollen Umfang vom Land übernommen werden. Das ist eine klare Lösung im Sinne der Mensch. Die SPD Sendenhorst ist sehr daran interessiert, was Sie darüber denken: info@spd-sendenhorst.de



Sanierung ist teuer - aber notwendig, und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir brauchen faire Lösungen.

munalabgabengesetz so zu ändern, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Beiträgen für den Umbau und Ausbau von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden ist, befreit werden. Den Städten und Gemeinden sollen die entstehenden Mindereinnahmen durch das Land erstattet werden.



SPD fordert: Ticket-Preise für Bahn & Bus senken !

Die SPD fordert ein Umdenken: Die Ticket-Preise sind zu teuer und bieten keinen Anreiz für einen Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen. Die SPD hat deshalb die Initiative ergriffen und konkrete Maßnahmen gefordert. Der Kreis Warendorf soll zusammen mit den anderen Münsterland-Kreisen Maßnahmen entwickeln, „die dazu führen die Fahrpreise des Westfalentarifs in den Preisstufen, die das Münsterland betreffen, dauerhaft zu senken.“ Dazu gehört auch der Verzicht auf den Nachtbus-Zuschlag ab 24:00 Uhr. In Zukunft muss, so die SPD, die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs so erfolgen, dass die Ticket-Preise auf Dauer deutlich gesenkt werden. Die für die Tarif-Preise verantwortliche Verkehrsgemeinschaft Münsterland (VGM), zu der auch das kommunale Verkehrsunternehmen RVM gehört, stehe in der Pflicht, so die SPD, für die Fahrgäste attraktive Tarife anzubieten. Detlef Ommen: „Nur ein gut ausgebauter und preislich attraktiver öffentlicher Personennahverkehr kann überzeugen“.



Detlef Ommen

Schon wieder ein Jahr vorbei...
Wir wünschen Euch/Ihnen ein
ruhiges, friedliches Weihnachten.
Und ein glückliches Neues Jahr.

Eure/Ihre
SPD Sendenhorst-Albersloh

SPD

81.000 Euro für die Stadtkasse

Bettina Küch-Wallmeyer, Kämmerin in Sendenhorst, hat allen Grund zur Freude: Mehr als 81.000 Euro hat die Stadt künftig Jahr für Jahr zusätzlich in der Kasse. Geld, das für Personal, Kultur oder Sport ausgegeben werden kann. Auslöser ist ein Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), mit dem die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bei der Gewerbesteuerumlage ab 2019 jährlich um 126 Millionen Euro entlastet werden. Hiervon entfallen 81.000 Euro auf



Für uns in Berlin: Bernhard Daldrup, MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik

Sendenhorst. In gewisser Weise ist die aktuelle Entlastung eine Langzeitfolge der deutschen Wiedervereinigung: Im Jahr 1990 hatten der Bund und die alten Bundesländer den „Fonds Deutsche Einheit“ eingerichtet, mit dem die Kosten der Einheit finanziert werden sollten. Dazu nahm der Fonds langfristige Kredite am Finanzmarkt auf, die anschließend für Investitionen in den neuen Bundesländern genutzt wurden. Fortan bezahlten der Bund sowie die westdeutschen Länder und Kommunen diese Kredite gemeinsam ab.

Im Jahr 1995 wurde der Fonds zwar vom Solidarpakt abgelöst, die bereits bestehenden Kredite mussten aber selbstverständlich weiter zurückgezahlt werden. Seither überwiesen die Städte und Gemeinden in Westdeutschland jedes Jahr einen gewissen Anteil ihrer Einnahmen aus der Gewerbesteuer an den Fonds – eine Art „Gewerbesteuer-Soli“. Heute, fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, aber immer noch früher als vorgesehen, sind die Kredite

des Fonds Deutsche Einheit abbezahlt. Die westdeutschen Kommunen müssen den „Gewerbesteuer-Soli“ nicht länger bezahlen. Das Gesetz von Olaf

Scholz, das derzeit im Deutschen Bundestag beraten wird, vollzieht das Ende des Fonds Deutsche Einheit nun auch formell. Der heimische Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup (SPD), der Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages ist, kommentiert: „Ich begrüße außerordentlich, dass Olaf Scholz Wort hält und Spielräume zur finanziellen Unterstützung der Kommunen konsequent nutzt. Besonders erfreulich ist, dass die Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit sogar früher erfolgt, als ursprünglich geplant. Darin sieht man, dass die SPD die Anwältin der Kommunen ist.“

Für Stadtkämmerin Bettina Küch-Wallmeyer sind das aber nicht die einzigen guten Nachrichten: Kommendes Jahr werden die westdeutschen Gemeinden letztmals ihren Beitrag zum Solidarpakt zahlen. Ab 2020, so erwartet es die Landesregierung, darf die Sendenhorster Stadtkasse auf nochmals mehr als 300.000 Euro hoffen – jedes Jahr.

SPD: Ideen und Initiativen, kurz und knackig vorgestellt:



Unterstützung für Familien mit drei oder mehr Kindern

27 Euro pro Kind als Zuschuss zum Wassergeld – das können Familien mit drei oder mehr Kindern, die Wohngeld beziehen, seit 2018 in Sendenhorst und Albersloh bekommen. Der Antrag der SPD soll größeren Familien das Leben ein bisschen leichter machen, und wurde mehrheitlich angenommen.

ERLEDIGT ✓



Weniger Plastik heute, mehr saubere Zukunft

Mit einem mehrteiligen Antrag will die SPD erreichen, dass vor Ort weniger Plastik verbraucht und weggeworfen wird. Die Verwaltung soll hier mit gutem Beispiel vorangehen – Stichwort: Nachhaltige Beschaffung. „Wir tun in Sendenhorst und Albersloh schon eine ganze Menge für Klima und Umwelt“, meint SPD-Ratsmitglied Detlef Ommen – und nennt etliche Beispiele: Recyclinghof, Müllsammeltag, Stadtradeln oder das Projekt Fairtrade-Town in Verantwortung der Stadt, private Initiativen wie die vielen Basare, die Give-Boxen und Angebote zur Regionalvermarktung sowie die „Zeit zum Umtüten“-Aktion der SPD. „Aber wir können noch mehr tun – und im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder sollten wir das auch.“ – Der SPD-Antrag ist noch nicht abschließend beraten.

BERATUNG LÄUFT



Menschen, die etwas für andere tun...

„In Sendenhorst und Albersloh gibt es sehr viele Menschen, die etwas für andere tun. An vielen Stellen – in den Vereinen, der Feuerwehr, aber auch außerhalb von Organisationen. Diese Menschen müssen Anerkennung erfahren und durch die Stadtverwaltung unterstützt werden – bei rechtlichen Fragen, bei der Organisation, bei der Bewältigung der notwendigen Bürokratie – entsprechend ihrer Wünsche“, so SPD-Fraktionsvorsitzende Christiane Seitz-Dahlkamp. Die SPD beantragt deshalb, die halbe Stelle einer Ehrenamtskoordination beizubehalten und die Ehrenamtskarte durch neue Angebote attraktiver zu machen.

BERATUNG LÄUFT



Schwimmen lernen leichter machen

Schwimmkurse sind im Sendenhorster Hallenbad bisher etwas teurer als in anderen Orten. „Das wollen wir ändern – mehr Kinder sollen gut schwimmen lernen; da dürfen die Kosten kein Hindernis sein. Die Stadtverwaltung wird auf Antrag der SPD zu Beginn des nächsten Jahres einen Vorschlag dazu machen“, hofft die SPD auch auf ein breiteres Angebot an Kursen.

BERATUNG LÄUFT



Planen für die Zukunft – Handlungskonzept 2040

Bereits im letzten Jahr hat die SPD einen Antrag für eine aktive Flächenpolitik gestellt, um neue Gewerbe- und Wohnbauflächen, aber auch Grün- und Erholungsflächen in der Stadt zu entwickeln. Das vorliegende Handlungskonzept 2020 für 2040 soll fortgeschrieben werden. Trotz einer Zusage der Verwaltung in den letztjährigen Haushaltsberatungen hat sich in diesem Bereich noch nichts getan. „Die SPD hält an ihrem Antrag fest. Eine übergreifende Planung muss im Haushalt verankert und mit ausreichenden Mitteln abgesichert werden. Das ist für uns unverzichtbar; außerdem muss in 2019 endlich begonnen werden“, fordert Ralf Kaldewey, Sprecher im Ausschuss für Stadtentwicklung.

BERATUNG LÄUFT

Unsere Stadt soll schöner werden ... und schön bleiben

Unabhängige Fachleute beraten im Gestaltungsbeirat zukünftig bei neuen Bauvorhaben oder umfassenden Modernisierungen – damit der kleinstädtische/dörfliche Charakter der Bebauung in Sendenhorst und Albersloh erhalten bleibt und keine Betonklötze entstehen, die die Lebensqualität der Menschen in der Nachbarschaft beeinträchtigen. Ein harmonisches Gesamtbild im Ortskern ist auch das Ziel der Gestaltungssatzung für Sendenhorst – beides von der SPD auf den Weg gebracht.

ERLEDIGT ✓



Feuerwehrlaute unterstützen

Die Freiwillige Feuerwehr in Sendenhorst und Albersloh macht sehr gute Arbeit - sie ist zum Beispiel meistens schneller am Einsatzort als die Kollegen in NRW im Durchschnitt. Aber nicht nur deshalb verdient sie unsere Unterstützung – die Feuerwehrlaute übernehmen auch eine kommunale Pflichtaufgabe - den Brandschutz – ehrenamtlich, bei Tag und Nacht. Die SPD ist deshalb der Meinung, dass die Leitungsebene genauso entschädigt werden soll wie die Ratsmitglieder und will auch das Kameradschaftsgeld verdoppeln. Für das 100jährige Jubiläum der Feuerwehrkapelle Sendenhorst 2021 unterstützt die SPD die Anschaffung neuer Uniformen; der Spielmannszug Albersloh soll im Anschluss daran ausgestattet werden.

BERATUNG LÄUFT



Familienfreundliche Beiträge in der OGS

Bei der Anpassung der Beiträge für die Offene Ganztagschule hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, dass beim ersten betreuten Kind die Einkommensgrenze für die kostenlose Betreuung in Höhe der Steuerfreibetrags (18.000 Euro) liegt und für das erste Geschwisterkind die Ermäßigung bei 70% bleibt. „Die Betreuung von Kindern muss erschwinglich sein – gerade in einer Stadt, die familienfreundlich sein will“, freut sich Annette Watermann-Krass als Vorsitzende des Schul- und Sozialausschusses über die erfolgreiche Initiative.

ERLEDIGT ✓

Wir wollen Fairtrade-Town werden

Regional, saisonal, ökologisch, fair, umweltfreundlich

Regional – saisonal – ökologisch – fair – umweltfreundlich: So lauten die fünf Grundsätze einer Fairtrade-Town. Der Stadtrat hat jetzt auf Anregung der SPD beschlossen, Fairtrade-Town zu werden. Eine lokale Steuerungsgruppe

Preise sind das Hauptziel des fairen Handels. Diskriminierung, Kinderarbeit, unmenschliche Arbeitsbedingungen und ungleiche Behandlung werden durch den fairen Handel bekämpft. Die ländliche Infrastruktur in



aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft koordiniert die Aktivitäten vor Ort auf dem Weg zur Fairtrade-Town. Detlef Ommen, Sprecher der Steuerungsgruppe: „Wir wollen auf Dauer nicht auf Kosten der armen Länder der Welt leben und auch nicht auf Kosten unserer Enkel, so wie es bisher der Fall ist. Die mit einer „Fairtrade-Town“ verbundenen Verpflichtungen sind dazu aber nur ein allererster Schritt.“

Immer, wenn wir fair gehandelte Produkte wählen, tun wir etwas für diese Ziele, die der Welt insgesamt gut tun: Die Bekämpfung von Armut und Hunger durch angemessene

den Entwicklungsländern wird durch die Partnerschaft mit Genossenschaften gestärkt, damit die Menschen nicht in die Slums der Großstädte abwandern müssen. Und jede/r von uns kann sich durch den Kauf fair gehandelter Waren daran beteiligen und die Welt ein Stückchen nachhaltiger machen.

Fair gehandelte Produkte sind durch ein Fairtrade-Siegel gekennzeichnet; das Siegel steht für fair angebaute und gehandelte Produkte: Alle Zutaten eines Produktes, die unter Fairtrade-Bedingungen erhältlich sind, müssen Fairtrade-zertifiziert sein.

Stadtspiegel Impressum

seit 1978 Zeitung des Stadtverbandes Sendenhorst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Redaktion: Annette Watermann-Krass (verantw.), Christiane Seitz-Dahlkamp, Bernhard Daldrup, Detlef Ommen, Bernhard Erdmann (Layout),
Anschrift: Redaktion Stadtspiegel, Rudolf-Harbig-Str. 7,
48324 Sendenhorst, www.spd-sendenhorst.de
Auflage: 6.000, gedruckt auf 100 % Recycling-Papier
Druck: Erdnuß Druck GmbH, Sendenhorst

Stadtentwicklung per Rad erkundet

An einem herbstlichen Freitagnachmittag hatte die Sendenhorster SPD ihre Mitglieder

Wunsch geäußert. Bei der Radtour konnte auch erstmalig das neue Baugebiet „Hagenholt Nord“ über die neue Straße „Graute Kamp“ durchfahren werden. **Timo Lütke-Verspohl**, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss und SPD-Wahlkreisbetreuer für den südlichen Bereich in

Sendenhorst, zeigte sich erfreut, dass ein weiterer Meilenstein in der Stadtentwicklung des Ortsteils Sendenhorst erreicht wurde. Denn seit Anfang Oktober sind die ersten Arbeiten zur Errichtung der neuen Häuser im Gange.

Ausruhen können sich die heimischen Stadtentwicklungspolitiker aller Fraktionen aber nicht. Als Nächstes stehen weitere Überlegungen an, wie in Sendenhorst ein maßvolles aber bedarfsgerechtes Angebot an bezahlbarem Bauland anzubieten ist.



Zum Abschluss der Tour führen die Teilnehmer durch das Sendenhorster Gewerbe- und Industriegebiet. Auch hier sieht man einiges an Bautätigkeit. Da stellte sich dann die Frage: Reichen die derzeit verfügbaren Flächen für mögliche Unternehmenserweiterungen und gewünschte Neuansiedlungen aus? Die Sendenhorster SPD kündigt schon mal an, diesen Fragen weiter nachzugehen. Und wenn es sich herausstellt, dass Nachverdichtungsmöglichkeiten und Flächenangebote fehlen, werden wir diese einfordern.

und interessierte Bürger zu einer Radtour um den Sendenhorster Ortsteil eingeladen. Eine Handvoll Teilnehmer trafen sich dann bei kaltem aber trockenem Wetter. Dabei wurden unterschiedliche Ziele im Stadtgebiet angefahren, um Verbesserungen der Naherholungswege um die Stadt und weitere Flächenentwicklungen für Bauen und Gewerbe zu erkunden. Erster Halt war der Parkplatz des St. Josef-Stifts. Hier waren sich die Teilnehmer einig, dass es notwendig sei, die Parkplatzzufahrt von der Landesstraße aus grundsätzlich neu zu regeln. Die Idee, die Erschließung für die Besucherzufahrt mit einer neuen Anbindung über die Straße „Im Holt“ zu realisieren, finden die Vorsitzende des Schul- und Sozialausschusses, **Annette Watermann-Krass** und **Ralf Kaldewey** als stadtentwicklungspolitischer Sprecher in der SPD-Ratsfraktion ambitioniert, aber nicht unrealistisch. Auch die Schaffung einer durchgängigen fußläufigen Verbindung in Randlage um die Stadt herum, wurde thematisiert. „Wenn es vom Parkplatz des St. Josef-Stiftes einen Zugang zur Straße „Zum Helmbach“ geben würde, könnte dieser Weg sehr gut als Abkürzung der südlichen Stadtbewohner zu den Sport- und Freizeitmöglichkeiten am Westtor genutzt werden“, wurde aus der Gruppe als

Verkehrssituation

Null-Lösung für geplagte BürgerInnen?

"Nicht akzeptabel" – das ist die klare Meinung der SPD zu den per Brief erteilten Hinweisen des Verkehrsministers zu den Ortsumgehungen für Sendenhorst und Albersloh - und zu den Vorgängen im Landtag:

1) Die Ortsumgehung Albersloh wird in der Sitzung des Verkehrsausschusses des Landtags von Stufe 1 in Stufe 2 des Landesstraßenplanungsprogramms zurückgestuft. Was sagt Henning Rehbaum als Mitglied des Ausschusses dazu? 31 Maßnahmen finden sich in diesem Programm – aufgenommen unter anderem unter dem Kriterium "Entlastung hoch belasteter Ortsdurchfahrten". Wenn das für Albersloh nicht zutrifft, wo dann...?



2) Der Verkehrsminister macht ohne Absprache mit Landesbetrieb Straßenbau und dem Kreis Warendorf das freundliche Angebot an die Stadt, die Ortsumgehung Albersloh doch selbst ein bisschen mit zu planen – gegen Kostenerstattung... Mal abgesehen davon, dass die Planung eine originäre Aufgabe des Landes ist – der Verkehrsminister muss sich fragen lassen, warum er nicht selbst externe Planungen beauftragt. Denn die kleine Sendenhorster Stadtverwaltung müsste entsprechende Aufgaben auch von einem Planungsbüro durchführen lassen – eine Verbesserung ist das nicht.

3) Die Sendenhorster Ortsumgehung findet sich weiterhin in Stufe 1 wieder. Das ist gut so – allerdings hat sie Konkurrenz von 30 weiteren Maßnahmen. Bleibt zu hoffen, dass der Regionalrat, der in der Region über diese Maßnahmen entscheiden muss, etwas mehr Ortskenntnis und Mut zeigt und beide Maßnahmen deutlich höher priorisiert.

4) So oder so - es wird also bei beiden Ortsumgehungen noch dauern, bis sie gebaut werden. Deshalb ist auch hier dem Verkehrsminister zu widersprechen: Nein, es ist nicht zumutbar, dass die LKW bis auf weiteres "rangieren" (wie er in einem seiner Schreiben fordert), um eine Durchkommen zu ermöglichen. Mal abgesehen davon, dass das meistens auch gar nicht geht. Bis neue Straßen kommen, müssen die Behörden in der Zwischenzeit ihrer Pflicht nachkommen, den Verkehr zu ordnen. Durch Umleitungen!

Die SPD hat die Verwaltung aufgefordert, Bilder von der Verkehrssituation nach Warendorf, Münster und Düsseldorf zu schicken – mit entsprechendem Begleitschreiben.